



Positionentscheidung

Kinderbetreuung - eine Investition der Kommunen in die Zukunft

Herausgeber: Junge Union Bayern - Landessekretariat

Franz Josef Strauß-Haus, Nymphenburger Straße 64, 80335 München

Tel.: 0 89/12 43-2 42, -2 44, Fax: 0 89/1 29 85 31

E-Mail: ju@ju-bayern.de

1 Die Förderung von Familien ist vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wieder
2 vermehrt auf die Tagesordnung der großen politischen Debatten gerückt. Dabei steht für viele
3 Paare die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt. Unsere Arbeitswelt
4 hat sich in den letzten 20 Jahre erheblich gewandelt. So ist beispielsweise die Flexibilität der
5 Arbeitnehmer eine Grundvoraussetzung. Es ist etwa nicht mehr selbstverständlich, dass
6 Familienangehörige in der Nähe wohnen und Kinder tagsüber betreuen können.

7
8 Unterschiedliche Kinderbetreuungsmodelle sind in unserer Gesellschaft mehr denn je vorhanden.
9 Hier kommt gerade der Kommunalpolitik eine Schlüsselrolle zu. Die Junge Union Bayern will die
10 Kommunen bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe unterstützen und dort, wo JU-Mitglieder
11 in kommunalen Gremien Verantwortung tragen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch
12 einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung und Arbeit an den Rahmenbedingungen zu
13 verbessern.

16 **Betreuungsangebote**

17 Wenn wir Eltern wirklich eine Wahlfreiheit ermöglichen wollen, müssen Rahmenbedingungen
18 geschaffen werden, die helfen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten. Das
19 bedeutet, dass wohnortnah sowohl für die Unter-Dreijährigen, die Kindergartenkinder zwischen
20 drei und sechs Jahren, als auch für die Schulkinder adäquate Betreuungsmöglichkeiten angeboten
21 werden.

22
23 Mit dem Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) haben alle
24 Kinderbetreuungseinrichtungen eine neue und moderne rechtliche Grundlage bekommen.

26 **1. Kinderkrippen**

27 Viele Eltern wollen oder müssen, auch in den ersten drei Lebensjahren des Kindes, berufstätig
28 sein. Vor allem für allein erziehende Eltern ist dies problematisch. Daher hält die Junge Union
29 Bayern einen bedarfsgerechten Ausbau von Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren für
30 sinnvoll. In jeder größeren Kommune sollte es ein ausreichendes Angebot an Kinderkrippen zu
31 angemessenen und zumutbaren Gebühren geben. Auch kleinere Kommunen müssen Schritt für
32 Schritt Angebote für kleine Kinder aufbauen. Bis dahin kann der Bedarf an Kleinkinderbetreuung
33 in Einzelfällen beispielsweise auch mit der Aufnahme von Kindern unter drei Jahren in
34 Kindergärten gedeckt werden. Die Finanzierung des Ausbaus an Krippenplätzen als
35 gesamtgesellschaftliche Aufgabe darf den Kommunen nicht allein überlassen werden. Im Rahmen
36 des Konnexitätsprinzips sollten Bund und Freistaat die Kommunen angemessen unterstützen.

37 **2. Tagespflege**

38 Gerade angesichts des intensiven Betreuungsbedarfs bei Kindern unter drei Jahren sind
39 Tageseltern eine sinnvolle Alternative zu Kinderkrippen – besonders im ländlichen Raum.
40 Kommunen sollten Tageselternangebote daher ebenso unterstützen und bei potenziellen
41 Tageseltern für diese Aufgabe werben. Sie können eine Koordinierungsfunktion bei der
42 Vermittlung von Tageseltern oder auch von so genannten Leih-Großeltern übernehmen.
43 Staatlicherseits müssen Möglichkeiten geprüft werden, wie Qualitätsstandards bei der
44 Tagespflege gesichert werden können.

46 **3. Kindergärten**

47 Bei der Betreuung von drei- bis fünfjährigen Kindern nimmt Bayern einen Platz in der
48 Spitzengruppe unter den Ländern ein. 98,5 Prozent aller Kinder in dieser Altersgruppe haben
49 einen Betreuungsplatz¹, die überwiegende Mehrheit davon in Kindergärten.

50
51 Den Kindergärten kommt eine entscheidende Rolle bei einer stärkeren frühkindlichen Förderung
52 zu. Dort erlernen Kinder etwa sprachliche Ausdrucksfähigkeiten und soziale Kompetenzen, die sie
53 später in der Schule benötigen. Der Bildungs- und Erziehungsplan setzt hier die richtigen
54 Maßstäbe. Auch weil aufgrund der demographischen Entwicklung immer mehr Kinder als
55 Einzelkinder aufwachsen, ist es sinnvoll, dass Kinder im Kindergarten den Umgang mit
56 Gleichaltrigen lernen. Die Junge Union Bayern verfolgt das Ziel, dass möglichst alle Kinder
57 mindestens im letzten Jahr vor der Einschulung den Kindergarten besuchen.

58
59 Die Junge Union spricht sich daher für ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr aus, das als
60 schulvorbereitendes Jahr mit einer intensiven Förderung sprachlicher Fähigkeiten und der
61 Vermittlung weiterer Bildungsinhalte ausgestaltet sein soll. Dieses schulvorbereitende
62 Kindergartenjahr soll gebührenfrei sein und aufgrund des Konnexitätsprinzips vom Freistaat
63 finanziert werden..

65 **4. Kinderhorte**

66 Die Nachmittagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern sollte von den Kommunen im Rahmen
67 des Bedarfs dort gewährleistet werden, wo es keine Ganztagsschulangebote gibt. Neben
68 Kinderhorten sollten auch neue, innovative Formen der Ganztagsbetreuung erprobt werden.
69 Beispielsweise können Sportvereine und Musikvereine/-schulen an Schulen die Möglichkeit
70 erhalten, Nachmittagsbetreuung mit sportlichen oder musikalischen Inhalten anzubieten und
71 dafür von der Kommune kostendeckend gefördert werden.

72

73 Beim Ausbau von Ganztagsschulangeboten muss das Konnexitätsprinzip eingehalten werden, um
74 Kommunen einen angemessenen Ausbau der Aufenthalts- und Speiseräume an Schulen zu
75 ermöglichen.

76

77 **5. Kinderhäuser**

78 Die Junge Union hält die Zusammenlegung verschiedener Betreuungsangebote unter einem Dach
79 für sinnvoll, um Kinder verschiedener Altersgruppen an den Umgang miteinander zu gewöhnen
80 und flexible Angebote aufzubauen. Wo dies möglich ist, sollten Kinderkrippen, Kindergärten und
81 Kinderhorte als Kinderhäuser integriert werden.

82

83 **6. Angebote mit Migrantenkinder**

84 Eine der wesentlichsten Aufgaben bei der Betreuung der Kinder und Jugendlichen ist die
85 Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Insgesamt müssen die
86 Bildungs- und Betreuungseinrichtungen insbesondere dafür sorgen, dass die Migrantenkinder bei
87 der Einschulung gute deutsche Sprachkenntnisse vorweisen können. Auch die Förderung des
88 Zusammenlebens mit den deutschen Kindern und anderen Migrantenkinder gehört zu den
89 Hauptaufgaben im vorschulischen Bereich. Die Kommunen sollen – jenseits der staatlichen
90 Unterstützung durch besondere Betreuungsschlüssel und -angebote – Verantwortung besonders
91 für die Integration der Migrantenkinder übernehmen.

92

93

94 **Familienfreundliche Kommunen**

95

96 Kinder- und familienfreundliche Kommunalpolitik lässt sich bei weitem nicht ausschließlich bei
97 den klassischen Kinderbetreuungsangeboten festmachen. Kommunen haben eine Vielzahl an
98 Möglichkeiten, um Familien zu entlasten oder die Umgebung kindergemäß zu gestalten. Bei
99 einem Umzug prüfen viele Familien die Familienfreundlichkeit ihrer neuen Kommune, d.h. es wird
100 danach gefragt, was die Kommune Kindern über das Betreuungsangebot hinaus bietet? Welche
101 Ferienbetreuung gibt es? Wie kinderfreundlich sind Geschäfte und Einrichtungen oder wie
102 familienfreundlich sind die Verordnungen der Kommune? Hier gibt es inzwischen zahlreiche
103 Projekte, die von den Familien positiv angenommen werden und Anregungen für andere
104 Kommunen sind. Neben den anschließenden Beispielen müssen auch besonders neue Modelle
105 gefunden werden, wie Senioren bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen eingebunden werden
106 können.

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt

107

108 **1. Kommunale Ferienbetreuung**

109 In Bayern haben Kinder 75 Tage Schulferien – eine Zahl, die mit den Urlaubstagen (ca. 28 Tage) der
110 Arbeitnehmer meist kollidiert. Gerade berufstätige Eltern sind da auf eine ausgebaute
111 kommunale Ferienbetreuung, die sich in an dem Bedarf der Eltern orientiert, angewiesen. Denn
112 spätestens mit dem Eintritt in die Schule und den damit verbundenen Schulferien, wird für
113 berufstätige Eltern eine gute Kinderbetreuung problematisch. Kommunen, die auf eine separate
114 Ferienbetreuung in ihren Betreuungseinrichtungen gesetzt haben, haben großen Zuspruch
115 erfahren. Die Junge Union Bayern hält die schrittweise Einführung einer kommunale
116 nFerienbetreuung für unabdingbar. Allerdings muss von den Eltern auch ein angemessener
117 Eigenbeitrag abverlangt werden. Ergänzend zur Ferienbetreuung sind auch Sonderveranstaltung,
118 wie kommunale Ferienprogramme, eine wichtige Bereicherung.

119

120 **2. Kinderfreundliche Geschäfte und Einrichtungen**

121 Eine kinderfreundliche Kommune zeichnet sich auch durch ihre Geschäfte und Einrichtungen aus.
122 Kinder, die alleine unterwegs sind, brauchen Sicherheit und Geborgenheit – sie müssen wissen, an
123 wen sie sich im Notfall wenden können. Auch hier gibt es einige Projekte, die sich erfolgreich
124 etabliert haben. So etwa die Aktion „Gute Fee“: In einer Gemeinschaftsaktion haben sich hier
125 Geschäfte und Einrichtungen zusammengeschlossen, die mittels eines Logos, das sie an ihrem
126 Eingang befestigt haben, den Kindern das Signal geben, dass sie hier Hilfe bekommen. Wegen
127 des für Kinder wichtigen Wiedererkennungsaspektes läuft die Aktion überall unter dem gleichen
128 Namen und dem gleichen Logo. Daher unterstützt die Junge Union eine Ausweitung des Projekts
129 auf möglichst viele Kommunen.

130

131 **3. Kommunale Strategien gegen Kinderarmut**

132 Seit 2004 hat sich die Kinderarmut verdoppelt: Mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche
133 leben auf Sozialhilfeniveau. Um der Kinderarmut entgegenzutreten, sind auch die Kommunen
134 gefordert. Die Junge Union fordert einen bedarfsorientierten Ausbau von Familienbildung und -
135 beratung sowie von Erziehungsberatungsstellen. Auch könnten kommunale Unternehmen ihren
136 Beitrag gegen Kinderarmut leisten.

137

138 **4. Ausbau kommunaler Familienbeiräte**

139 Die Junge Union Bayern fordert eine flächendeckende Einsetzung kommunaler Familienbeiräte
140 bzw. von so genannten Familientischen. Diese sollen die Aufgabe wahrnehmen, die kommunale
141 Gremien und die Verwaltung in grundsätzlichen Angelegenheiten der Familien in den Kommunen

142 zu beraten, insbesondere bei der Planung und Schaffung von Einrichtungen sowie bei der
143 Realisierung von familien- und kinderfreundlichen Rahmenbedingungen. Der Familienbeitrag
144 kann neue Verordnungen beispielsweise auf ihre Familienfreundlichkeit prüfen. Darüber hinaus
145 können die Beiräte familienfreundliche Projekte koordinierung.
146

147 **5. Kinder- und familienfreundliche Wohngebiete**

148 Bei der Neuausweisung von Wohngebieten müssen die Kommunen verstärkt auf deren Familien-
149 und Kinderfreundlichkeit achten. Beispielsweise sind Spielstraßen und verkehrsberuhigte Zonen,
150 nahegelegene Spielplätze oder ansprechend gestaltete Straßenzüge Kindern angemessen. Bei
151 Bautätigkeiten vor Ort muss die Familien- und Kinderfreundlichkeit ein fester Bestandteil der
152 Bauleitplanung werden. Beim Bau von Generationenhäusern können Kommunen Impulse geben.
153

154 **6. Angebote für Jugendliche**

155 Als Ergänzung zu den kommunalen Betreuungsangeboten und zu den Angeboten der
156 verbandlichen Jugendarbeit dürfen die Kommunen nicht nachlassen, auch im Rahmen der offenen
157 Jugendarbeit beispielsweise Jugendeinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Möglichst mit
158 pädagogischer Leitung sind Jugendcafés, -treffs oder auch Musikräume wichtige Treffpunkte für
159 bestimmte Gruppen an Jugendlichen, in denen sie sich freier entfalten können. Genauso können
160 die Kommunen eine Koordinierungsfunktion für verbandliche Jugendangebote übernehmen.
161

162 **Familienfreundliche Arbeitswelt**

163 Den Unternehmen kommt eine Schlüsselrolle zu, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und
164 Beruf geht. Aus Sicht der Junge Union muss die Arbeitswelt weit familienfreundlicher werden als
165 sie heute zumeist ist. Betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen in größeren Unternehmen sind
166 nur ein Beispiel, das selbstverständlich werden sollte. Neue Arbeitszeitmodelle, wie etwa auch
167 Teilzeitangebote für Führungspositionen, sollten stärker erprobt werden und
168 Kommunalverwaltungen mit gutem Beispiel vorangehen.
169

170

171 **Eine Investition in die Zukunft**

172 Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie kinderfreundliche Kommunen sind
173 mehr Anstrengungen notwendig, als es einfache Patentrezepte versprechen. Um dieser
174 gesamtkommunalen Aufgabe nachzukommen, müssen Kommunen, Bürgerschaft, Vereine und
175 Unternehmen an einem Strang ziehen. Ein übertriebener Aktionismus ist genauso fehl am Platze,
176 wie die ausschließliche Betonung von Angeboten für Familien mit berufstätigen Eltern. Auch

177 Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, haben Anspruch auf Unterstützung seitens der
178 Kommunen.

179

180

181 **Beschlossen durch die Landesversammlung 2007 in Bad Windsheim.**